
26. Oktober 2020

An den 1. Bürgermeister der Gemeinde Hohenbrunn
und die Damen und Herren des Gemeinderates

Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir beantragen die Verabschiedung einer Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen des eigenen Wirkungskreises der Gemeinde Hohenbrunn (Informationsfreiheitssatzung) auf Grundlage des anhängenden Entwurfs.

Bürgerinnen und Bürger sollen konstruktiv mitreden und mitgestalten. Das können sie nur, wenn sie gut Bescheid wissen, ausreichend informiert sind. Eine Informationsfreiheitssatzung regelt den Zugang zu Informationen für Bürger*innen klar und für alle gleich. Sie fördert Transparenz kommunaler Entscheidungsprozesse und Verständnis für das Verwaltungshandeln. Die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Gemeinde und dem Gemeinwesen wird gestärkt.

Auf Bundesebene gibt es langjährige, positive Erfahrung mit dem 2006 eingeführten Informationsfreiheitsgesetz für die Bundesbehörden. In zahlreichen Bundesländern bestehen vergleichbare gesetzliche Regelungen.

Mit einem positiven Beschluss würde sich Hohenbrunn einreihen in einen inzwischen großen Kreis bayerischer Städte und Gemeinden unterschiedlicher Größe, darunter auch mehrere Nachbargemeinden aus dem Landkreis München, die offene Bürgerinformation auf Basis einer Informationsfreiheitssatzung praktizieren. Unser Entwurf orientiert sich an den bestehenden Satzungen im Landkreis bzw. in Bayern. Die Erfahrungen sind durchgehend positiv, es wurden keine missbräuchlichen oder die Verwaltung arbeitsmäßig stark fordernden Anfragen bekannt.

gez. Martina Kreder-Strugalla
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Pauline Miller
für die Fraktion ÜWG-Freie Wähler/Bürgerforum

Petra Schulz-Geßl